



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/110

Hannover, 8. September 1949

Die Forderung: Praktische Arbeit

P.R. Bonn, 8. September

Bundestag und Bundesrat sind konstituiert, aber noch immer kann die eigentliche Arbeit nicht beginnen, solange nicht die Regierung zusammengestellt und bestätigt ist. Darauf und auf die ersten Ansatzpunkte der praktischen Arbeit richtet sich die Aufmerksamkeit gewiss nicht allein in Bonn und in politisch interessierten Kreisen, sondern in der ganzen Bevölkerung.

Auf diese praktische Arbeit, auf jeden Schritt, der aus der gegenwärtigen Bedrängnis führt, die für Millionen nackte Not ist, kommt alles an. Das Gefühl dafür ist sehr lebendig und der Deutsche Bundestag muss sich diese Tatsache ständig vor Augen halten und sich darauf einstellen. Der Begriff Parlament ist im Bewusstsein unzähliger Deutscher schwer belastet - gewisse viel stärker als die Geschichte des Weimarer Reichstages es rechtfertigt. Aber es ist nun einmal so. Gegen übertriebenen rhetorischen Aufwand und allzu geheimnisvolle Betriebsamkeit wird man allenthalben äusserst misstrauisch sein. Der Arbeitsstil des Deutschen Bundestags wird nüchtern sein müssen, wenn er auf breite Resonanz in der Bevölkerung rechnen will. Auf solche Resonanz ist er aber angewiesen.

Die drei Entschliessungsanträge der SPD geben bereits wichtige Hinweise dafür, in welcher Richtung das zu geschehen hat. Sie wurden am Schluss der konstituierenden Sitzung eingebracht, als es um die Frage der Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung ging, über die im einzelnen der Ältestenrat zu beschliessen hat.

9. September 1949

Die nächsten Tage werden von der Frage beherrscht sein, wer zum Bundespräsidenten gewählt werden soll. Die Antwort auf diese Frage ist im Augenblick noch offen, die meist genannten Persönlichkeiten sind nach wie vor Professor Heuss von der FDP und Dr. Schlange-Schöningen von der CDU/CSU. Eine abschliessende Stellungnahme der SPD zu dieser Frage liegt noch nicht vor, sie wird voraussichtlich erst am Vormittag des 12. September, also des Wahltages selbst, fallen. Man spricht davon, dass die erste Arbeitssitzung des Plenums am Tage nach dieser Wahl, also bereits am 13. September, stattfinden wird.

Die Parias von Österreich

W.F. Wien, Anfang September

Württemberg-Hohenzollern hat vor kurzem die Grenzübergänge nach Österreich gesperrt. Das Land will sich damit der Volksdeutschen erwehren, die in immer stärkerer Masse aus Österreich flüchten. Vor kurzem hatten mehrere Tausend Jugoslawien-Deutsche und Siebenbürger, die seit mehr als vier Jahren in Österreich als Flüchtlinge leben, den Versuch unternommen, nach Bayern zu gelangen.

Was ist es, was diese Menschen viereinhalb Jahre nach dem Kriege über die Grenze treibt? 300.000 Volksdeutsche aus den Sudetenländern und aus Südosteuropa hatten nach 1945 Zuflucht in Österreich gesucht. Es war ein bitteres Los, das immer härter wurde, je mehr der Anreiz zur Arbeit für den Eingesessenen stieg. In den letzten Tagen nun ist durch das Inlandsarbeiter-Schutzgesetz die Diskriminierung der Flüchtlinge gesetzlich verankert worden. Als der Plan auftauchte, der drohenden Arbeitslosigkeit dadurch zu steuern, dass man die Arbeitsplätze zunächst einmal von den Nichtösterreichern freimache, setzten sich zahlreiche Institutionen weltlicher und kirchlicher Art für Recht auf Arbeit der Vertriebenen ein. Der Gesetzesvorschlag wurde zwar offiziell fallengelassen, aber die Arbeitsämter erhielten strenge Weisungen, um die Unterbringung der Heimatlosen möglichst zu verhindern. Praktisch ist es jetzt so, dass ein Volksdeutscher nur

mit grossen Schwierigkeiten einen Hilfsarbeiterposten antreten kann, vom Angestelltenberuf nicht zu reden. Ein Genehmigungsverfahren regelt den Einsatz der Flüchtlinge in der Privatwirtschaft, in staatliche Betriebe werden überhaupt nur Österreicher aufgenommen.

Dazu kommt, dass von höherer Stelle und in aller Öffentlichkeit erklärt wird, eine Einbürgerung der 300.000 Flüchtlinge komme auf keinen Fall in Frage. So wird es verständlich, dass viele der Rechtlosen immer stärker ihre Blicke nach Deutschland richten. An eine legale Überstellung ist jedoch nicht zu denken. Seit vielen Monaten sind die Umsiedlertransporte eingestellt. Auswanderungsmöglichkeiten für Volksdeutsche bestehen nur in sehr beschränkter Masse, sie fallen praktisch nicht ins Gewicht.

So wird die Situation der Heimatlosen in Österreich immer schwieriger. Die österreichische Verfassung kennt keine Masseneinbürgerung, und ein diesbezügliches Gesetz wird kaum zustandekommen. Die Gesetzgeber sind eher bereit, der verschwindenden slowenischen Minderheit Rechte einzuräumen, während sie sie den Menschen, die einst der österreichisch-ungarischen Monarchie angehört haben, verweigert. Aber selbst dann, wenn ein Heimatloser die österreichische Staatsbürgerschaft erhält, bleibt er ein Staatsbürger zweiter Klasse, weil er in keine Heimatrolle eingetragen ist. Die Akademiker haben die grössten Schwierigkeiten bei der Nostrifizierung, die Handwerker mit der Neukonzessionierung. Kein Heimatloser erhält eine Pension, nur wenige der Arbeitslosen eine Übergangsunterstützung, die Alten keine Renten. So breitet sich das Elend unter den Heimatlosen immer weiter aus. Die Jungen haben keine Gelegenheit, als Lehrlinge anerkannt zu werden, die Versicherten geniessen keinerlei Vorrechte. Tausende befinden sich noch in Kriegsgefangenschaft: niemand vertritt ihr Recht auf Heimkehr. Für die in der Gefangenschaft geleistete Arbeit erhalten sie keine Entschädigung. Auf den Schulen sind sie in Bezug auf die Taxen den begüterten Ausländerngleichgestellt.

Es fehlt nun nicht mehr an Stimmen, die Gerechtigkeit und Menschlichkeit für die Vertriebenen fordern. Aber bisher verhalten sie

8. September 1949

und die Österreichische Volksvertretung und die Regierung haben sich mit dem Problem nicht beschäftigt - ausser in Reden. Konstruktive Pläne, die Heimatlosen, die nun Österreich einmal nicht verlassen dürfen, selbst wenn sie es wollen, in den neuen Staat einzubauen, gibt es genug. Aber kein Minister studiert sie. So wird künstlich ein Proletariat geschaffen, das immer tiefer im Elend versinkt. (b/B25/2/he)

Dr. Schäffers Rolle in Bonn

=====

R.H., München, Anfang September

Bevor der bayerische Ministerpräsident Ehard in der vergangenen Woche nach Bonn abreiste, verkündete er noch von seiner Staatskanzlei aus die Forderungen, unter denen die CSU bereit ist, in Bonn mitzuarbeiten. Er erklärte: "Wir haben die Forderung nach einem Ministerium und nach Stellen in den Ministerien erhoben, die für die Gewährleistung einer föderalistischen Linienführung der Bundespolitik im Sinne des Grundgesetzes von Bedeutung sind." Nach einem Kommentar des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Anton Pfeiffer, sollten das Bundesinnenministerium und das Finanzministerium von "klaren Föderalisten" besetzt werden.

Eine wichtige Rolle ist dabei Staatsrat Dr. Fritz Schäffer zugefallen. Dr. Schäffer war Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei bis 1933. Nach dem Zusammenbruch wurde er zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten ernannt, wegen seines allzu grossen Verständnisses für die Nazis aber von der Militärregierung seines Postens enthoben. Sein Einzug auf den Bonner Parkett sollte nicht unterschätzt werden. Die extrem-föderalistische Einstellung Schäffers ist genau so bekannt, wie seine politische Freundschaft mit Dr. Hundhammer und sein Bestreben, Bayernpartei und CSU zusammenzuführen und die alte Bayerische Volkspartei wieder auf-erstehen zu lassen.

Das Echo auf die Einschaltung Schäffers blieb in Bayern auch nicht aus. Dr. Ehard bezeichnete sie als "ein erfreuliches Zeichen", da Schäffer damit auch in der Lage sei, einen wachsenden Einfluss auf die Bundespolitik auszuüben. Die CSU in Oberbayern präsentierte Schäffer sofort als Bundesfinanzminister (Schäffer war vor 1933 bayerischer Finanzminister).

8. September 1949

In eine zwielichtige Lage kommen auch die bayerischen Abgeordneten der FDP. Ihr Vorsitzender, Dr. Thomas Dehler, erklärte kürzlich, dass die FDP nach wie vor in "schärfster Opposition" zur CSU stehe und dass man nur "blutenden Herzens" eine Koalition in Bonn mit der CSU eingehen werde.

Die innerbayerische Entwicklung wird grössten Einfluss auf die Bundespolitik haben und die protestierende Haltung Bayerns, die sich im Parlamentarischen Rat so eindeutig gezeigt hat, wird auch auf der neuen Ebene spürbar werden. Sie wird sich umso mehr verstärken, je näher der Termin von Landtagswahlen in Bayern heranrückt. Bayern bleibt das Gegengewicht gegen den Bund.

Der 25. Kongress der dänischen Sozialdemokratie

(sp) Vom 4. bis 7. September fand in Aarhus der Jubiläumskongress der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks statt. Geleitet wurde der Kongress von dem dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft, dem Führer der dänischen Sozialdemokraten. Schwedens Ministerpräsident Tage Erlander, Generalsekretär Morgan Phillips und Erziehungsminister Tomlinson, London, Koos Vorrink, Amsterdam und Herta Gotthelf, Hannover, vertraten die befreundeten Parteien des Auslandes. Hedtoft betonte in seiner Begrüssungssprache, dass er sich freue, nach zehn Jahren eine Vertreterin des deutschen Volkes in Dänemark zu begrüßen. Die dänischen Sozialisten hofften auf eine friedliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

Da die sozialistische Regierung Dänemarks in ihrer vorbildlichen innenpolitischen Arbeit unantastbar ist, versucht die dänische Reaktion, besonders Hans Hedtoft wegen seiner Haltung in der Südschleswig-Frage anzugreifen. Deshalb wurde die Erklärung Herta Gotthelfs, dass die SPD das Kieler Abkommen zwischen der Regierung Schleswig-Holsteins und der dänischen Minderheit begrüße und sich für eine gute Zusammenarbeit mit dem dänischen Volk und auch mit der dänischen Minderheit einsetzen wolle, nicht nur von dem Kongress, sondern von der ganzen dänischen Öffentlichkeit beachtet. "Eigentlich", so sagte Herta Gotthelf u.a., "sollte es selbstverständlich sein, dass die Rechte der Minderheiten innerhalb eines anderen Volkes gewahrt sind. Leider sind aber nicht nur während der tausend Jahre der Faschidiktatur, sondern auch während der Nachkriegsjahre die Rechte der Minderheiten, die Rechte ganzer Volksteile und Völker in Europa und anderen Teilen der Welt mit Füssen getreten worden. Wir Sozialisten in allen Ländern haben die Verpflichtung, dafür zu kämpfen, dass in den Beziehungen der Völker untereinander nicht mehr die Macht, sondern allein das Recht und die Gerechtigkeit entscheidend ist."

Der grundsätzlichen Bedeutung wegen legen wir den Redaktionen die am 7. September von der SPD-Fraktion dem Bundestag vorgelegten drei Resolutionen im Wortlaut, die Rede Paul Löbes in einem grösseren Auszug und die Aufzählung der vom Naziregime ermordeten ehemaligen Reichstagsabgeordneten der SPD bei.

Paul Loebes Mahnung

In seiner Ansprache bei der Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Bundestages erklärte der Alterspräsident, der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Loebe, u.a.:

"Ich stehe vor Ihnen als einer der Vertreter der alten Hauptstadt Berlin und in uns kommt der einhellige Wunsch seiner Bewohner zum Ausdruck, in das neue Deutschland vollberechtigt einbezogen zu sein und die Hoffnung, dass dieser Wunsch bei Ihnen bald Erfüllung findet. Aber nicht minder hoffnungsvoll, ja erlösungsheischend, sind auf uns die Augen jener Millionen gerichtet, die in den Ostbezirken unseres Landes durch die Besetzung oder fremde Verwaltung gewaltsam gehindert sind, mit in diesem Saale zu sitzen und mit uns zu beraten.

Indem wir die Wiedergewinnung des neuen Deutschlands als erste unserer Aufgaben vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, dass dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa sein will. Uns bewegt nicht der Gedanke nach irgendeiner Form von Vorherrschaft, wie es früher geschehen ist, wir wollen mit allen anderen gleichberechtigt in den Kreis der europäischen Nationen treten.

In dem Augenblick, in dem zum ersten Mal wieder frei gewählte Abgeordnete eines erheblichen Teiles von Gesamt-Deutschland zusammentreten, um eine eigene deutsche Regierung einzusetzen und mit der neuen Gesetzgebung zu beginnen, schweifen die Gedanken der Älteren zurück zu jener letzten Sitzung des Deutschen Reichstages in der Berliner Kroll-Oper, der wir beiwohnten und in der durch das Hitler'sche Ermächtigungsgesetz die staatsbürgerlichen Freiheiten für lange Zeit begraben wurden. Das war ein illegaler Akt. Der Widerstand dagegen eine patriotische Tat.

Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages? Dass wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen. Wir werden es nicht aus eigener Kraft schaffen, sondern noch lange der Beihilfe des Auslandes bedürfen. Aber wir wünschen diese Beihilfe nicht als Almosen, sondern für den Aufbau unserer Wirtschaft, damit wir aus eigener Arbeit die Grundlage unserer Existenz finden.

Uns sind in den letzten Jahren von draussen oft Vorhaltungen gemacht worden, weil wir das Ausmass der Schuld noch nicht erkannt haben, das Deutschland durch den europäischen Krieg auf seine

8.9.1949

Schultern geladen habe und weil wir undankbar geblieben seien gegenüber der grossen jahrelangen Hilfe, die uns zuteil wurde.

Ich als Berliner Abgeordneter würde mir sehr undankbar vorkommen, wollte ich nicht anerkennen, in welchem unerhörten Ausmass die westlichen Besatzungsmächte unseren Freiheitskampf unterstützt, ja, Berlin vor dem buchstäblichen Hungertod retteten. Wir verkennen auch keinen Augenblick, dass das westliche Deutschland, dem das agrarische Hinterland zur Zeit entzogen ist, zu einem erheblichen Teil sein Leben nur hat fristen können durch die grossmütig gewährten Beihilfen aus Ländern, die nicht so hart betroffen waren.

Es sind auch Vorwürfe erhoben worden, dass das deutsche Volk sich nicht zur Wehr gesetzt habe gegen den nationalsozialistischen Terror. Wenn ich Ihnen sage, dass allein von den 94 sozialdemokratischen Abgeordneten, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, soweit sie sich zu dieser Zeit noch in Freiheit befanden, 16 ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt haben; wenn sie bedenken, welche Opfer von der kommunistischen Fraktion gebracht worden sind, aber auch von Mitgliedern des früheren Zentrums und bis in die Rechtsparteien hinein, dann wird auch dieser Vorwurf kaum aufrechterhalten werden.

Ich muss hier auch an das Schicksal unserer Kriegsgefangenen und verschleppten Menschen erinnern, an das Leid der wartenden Frauen und Mütter, die die Hoffnung auf Heimkehr ihrer Lieben nicht aufgeben können. Wir rufen es auch von dieser Stelle in die Welt: Helft, diese schlimme Unmenschlichkeit zu beseitigen!"

In einem Appell an die Abgeordneten des neuen Parlaments erklärte Loebe zum Schluss seiner Ausführungen: "Hinter uns liegt ein erbitterter Wahlkampf, dessen Formen oft das tragbare Mass überschritten. Mit der Fortsetzung dieser Ausbrüche ist dem deutschen Volke nicht gedient. Es braucht nicht niederreisende Politik, sondern aufbauenden Mut."

Wollen wir bestehen vor der deutschen Geschichte, dann müssen wir uns, ob in der Koalition oder in der Opposition, soweit zusammenfinden, dass Erspriessliches für unser Volk erwächst, damit wir uns die Achtung in der Welt zurückgewinnen. Lassen Sie uns die Arbeit mit diesem Vorsatz beginnen."

* * * * *

Wortlaut der drei SPD-Resolutionen

----- Demontage-Überprüfung und -stop -----

"Der Bundestag wolle beschliessen: Der erste Deutsche Bundestag stellt fest, dass die fortdauernden Demontagen die Gesundung der Wirtschaft verhindern und eine unentbehrliche Belastung des neuen demokratischen Staatswesens bedeuten.

In einer Zeit, in der mit Hilfe des Marshallplanes alle Anstrengungen gemacht werden sollten, die bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte Europas zu erreichen, werden in Deutschland unentbehrliche Anlagen zerschlagen. Auf diese Weise wird der vom Marshallplan erstrebte Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz unmöglich gemacht.

8. September 1949

Demontagen und Beschränkung von Friedensindustrien erscheinen dem deutschen Volk als Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung. Die Alliierten haben alle Möglichkeiten in der Hand, ihre Wünsche nach Sicherheit und Wiedergutmachung zu befriedigen, ohne Arbeitsplätze zu zerstören. Europa ist nicht damit gedient, dass Produktionsanlagen in Schrottberge verwandelt werden.

In dem Hingehen um die Abwendung dieser Zerstörungen hat es das deutsche Volk dankbar empfunden, dass es auch im Ausland Verständnis und Hilfe gefunden hat. Im besonderen gilt dieser Dank dem Senat der Vereinigten Staaten und der unermüdlischen Aufklärungsarbeit der amerikanischen Gewerkschaften. Seit dem Beschluss des Senats auf eine neue Nachprüfung der Demontageliste haben sich jedoch Tempo und zerstörender Charakter der Demontagen verstärkt.

Der Bundestag erwartet von den Regierungen Frankreich, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika, dass sie

1. eine erneute Nachprüfung der Demontageliste beschleunigt veranlassen,
2. bis zur endgültigen Entscheidung keine weiteren Demontagen ausführen und die laufenden Demontagen stoppen.

Gez. Erich Ellenhauer und Genossen"

* * * * *

Gegen die Zurücksetzung Berlins

"Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands. Er erklärt feierlich vor aller Welt, dass nach dem Willen des deutschen Volkes Gross-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll. Der Bundestag bekennt sich ausdrücklich zu dem Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und wird in der laufenden Arbeit die notwendigen Folgerungen ziehen. Der Bundestag bittet die alliierten Mächte, ihren bisherigen Standpunkt noch einmal zu überprüfen und ihren Einspruch gegen die uneingeschränkte Anwendung des Artikels 23 aufzuheben. Der Bundestag beauftragt die Bundesregierung, geeignete Schritte bei den zuständigen alliierten Stellen zu unternehmen und dem Bundestag über den Erfolg zu berichten. Gez. Ellenhauer und Genossen"

* * * * *

Frankfurt, nicht Bonn

"Der Bundestag wolle beschliessen: Der vorläufige Sitz der leitenden Bundesorgane ist Frankfurt am Main. Der Bundestag versammelt sich alsbald in Frankfurt am Main. Gez. Ellenhauer und Genossen"

* * * * *

16 Zeugen des Widerstandes

Die Liste der sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem letzten legal gewählten Reichstag 1933, die als Opfer des Naziregimes umgekommen sind, weist die folgenden Namen auf:

Adolf Niedermann, Rudolf Breitscheid, Otto Eggerstedt, Paul Gerlach, Ernst Heilmann, Rudolf Hilferding, Friedrich Ernst Rusemann, Franz Künstler, Julius Leber, Ludwig Karun, Franz Metz, Stephan Meier, Franz Petrich, Toni Pfälf, Friedrich Puchta, Anton Reissner, Max Richter, Michael Schnabrich, Fritz Soldmann, Johannes Stelling, Hermann Tempel, Max Jakob Weimer, Mathilde Wurm.